



BESOLDUNG

Landesregierung plant erneut Gehaltskürzungen

Letztes Hemd schon mal bereithalten, von Josef Schneider, GdP-Landesvorsitzender

Unsere Landesregierung – vielleicht auch nur die sog. Haushaltsstrukturkommission – plant erneut, die Gehälter der Beamtinnen und Beamten zu kürzen. Groteskerweise erfährt man so was, wenn es um die Beteiligung bei der Übertragung der Tarifiergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten des Landes geht.

Aber schön der Reihe nach. Nachdem nach vielen Verhandlungsrunden zu Beginn des Jahres eine Einigung zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und den Gewerkschaften erzielt wurde, konnten auch die Beamtinnen und Beamten des Landes hoffen, dass die in der Tarifeinigung erzielte Einigung (Einmalzahlungen und lineare Gehaltserhöhung um 2,9% ab 1. August 2008) auch auf die Besoldung übertragen würde. Immerhin gab es die letzte bescheidene Gehaltserhöhung im August des Jahres 2004. Der Tarifabschluss mit der TdL unterscheidet sich vom bereits vorher erzielten Abschluss mit dem Bund und den Kommunen. Darauf muss man an dieser Stelle hinweisen. Dazu kommt, dass inzwischen eine Einigung im Streit um die Föderalismusreform erzielt wurde und diese Reform zum 1. September 2006 in Kraft getreten ist. Damit sind sämtliche Zuständigkeiten für die Beamtenbesoldung und -versorgung beim Land.

Rückschritt!!!!

Damit ist die seit Jahrzehnten gewohnte „Gesetzmäßigkeit“, nach der Bund, Länder und Kommunen mit den Gewerkschaften einen Tarifabschluss aushandeln, der danach mehr oder weniger zeit- und inhaltsgleich bundesweit auf die Beamtenbesoldung übertragen wurde, endgültig vorbei. Wir müssen uns also an völ-

lig neue Fakten gewöhnen. Damit haben die Ministerpräsidenten ihr Ziel erreicht und die Finanzminister wissen, dass sie in Zukunft im Land entscheiden, welche „Gnade“ sie ihren Beamten gewähren wollen. Ein Rückschritt in das vorletzte Jahrhundert. Dies muss hier deutlich festgestellt werden.

Spitzenorganisation

Für die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes innerhalb des DGB (GdP, GEW, ver.di und IG BAU) ist jetzt der DGB-Bezirk Baden-Württemberg „Spitzenorganisation nach dem LGB“, wenn es um Regelungen von Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht geht. Der DGB hat deshalb in Absprache mit den Einzelgewerkschaften die Landesregierung aufgefordert, das Volumen der Tarifeinigung voll auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. **Wir haben deshalb auch die nach Einkommensgruppen unterschiedlich gestaffelten Einmalzahlungen für die Beamtinnen und Beamten erwartet. Dies hätte gerade den Kolleginnen und Kollegen in den Besoldungsgruppen A 7/A 8 einen deutlichen Vorteil gebracht (+ 410 € in den Jahren 2006/2007).** Da die Landesregierung von vornherein klar gesagt hat, dass eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten nicht in Frage komme, ist eine inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses quasi ausgeschlossen.



Josef Schneider

Keine Anhörung

Leider ist der Beamtenbund Baden-Württemberg – aus welchen Gründen auch immer – mit einer anderen Forderung aufgetreten. Ein Ergebnis dieser Beamtenbundsforderung ist, dass die Landesregierung inzwischen – schon vor der Anhörung der Spitzenorganisationen – zwei Einmalzahlungen (300 € für 2006 und 200 € für 2007) beschlossen hat. Die Einmalzahlung für das Jahr 2006 wurde bereits mit den Bezügen zum 1. 9. 2006 vorbehaltlich einer gesetzlichen Regelung ausbezahlt. Durch diese erstaunlich schnelle Umsetzung wurden Fakten geschaffen, die eine faire Beschlussfassung im Parlament eigentlich ausschließen. Oder glaubt ernsthaft jemand daran, dass sich im Landtag an der Entscheidung der Landesregierung noch was ändern könnte – immerhin würde das weniger Geld kosten!?

Chancen für Ausgleich vertan!

In den Beteiligungsgesprächen der DGB-Delegation (in der

immer ein GdP-Vertreter war) im Staatsministerium wurde sehr schnell erkennbar – auch durch deutliche Aussagen des Ministerpräsidenten – dass unsere Landesregierung nicht gewillt ist, den unteren Besoldungsgruppen zu Lasten der höheren Besoldungsgruppen die im Tarifabschluss vereinbarten Einmalzahlungen zu bewilligen.

Unsere Politiker haben offenkundig bis heute noch nicht realisiert, dass gerade diese Besoldungsgruppen bei der Streichung des Urlaubsgeldes höhere Verluste zu tragen hatten als höher besoldete Beamtinnen und Beamten. Unsere Politiker übersehen auch vorsätzlich, dass die Kolleginnen und Kollegen der Polizei in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 nicht leistungsgerecht bezahlt werden. Deshalb hätte sich bei den Einmalzahlungen eine Chance für einen – wenn auch geringen – Ausgleich geboten.

Soziale Komponente ausgeschlagen!

Der Finanzminister hat bereits nach dem Kabinettsbeschluss darauf hingewiesen, dass diese Entscheidung „bewusst“ getroffen wurde. Eine Begründung dafür hat er aber nicht abgegeben. Die Entscheidung der Landesregierung ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil die Übertragung der gestaffelten Einmalzahlungen im Vergleich den Landshaushalt weniger belastet hätte. Gerade durch Einmalzahlung ist eine soziale Komponente möglich, ohne dass dadurch die Unterschiede in den Besoldungsgruppen auf Dauer

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

„verzerrt“ würden. Vielleicht wird das ja wenigstens bei der Beratung des entsprechenden Gesetzes im Landtag thematisiert.

Dynamisierung?

In der Frage, ob und wann die im Tarifabschluss vereinbarte lineare Erhöhung der Bezüge auf die Landesbeamtinnen und -beamten übertragen werden soll, wurde klar erkennbar, dass es keine Absicht gibt, diese zeitgleich, also zum 1. 8. 2008 und in gleicher Höhe in Kraft zu setzen. Eine Erhöhung in Tranchen, durch die unsere Landesregierung natürlich Geld sparen will, soll kommen. Das wäre ja alles noch erträglich, wenn nicht in diesem Zusammenhang eine Absenkung der Landessonnderzahlung (Rest der

bereits abgesenkten Jahressonderzahlung – Weihnachtsgeld) angedacht wurde. Für diese Pläne wirbt man mit dem Angebot, diese Sonderzahlungen künftig in die Grundgehälter zu integrieren, wodurch eine Teilnahme an zukünftigen Besoldungserhöhungen (Dynamisierung) sichergestellt sei. Hat man uns die Dynamisierung noch schon bei der Kürzung und monatlichen Aufteilung im Jahr 2004 versprochen?

Versteckte Gehaltskürzungen

Es bleibt also zu befürchten und das bestätigen auch die Informationen über die Medien, dass eines Tages von einer Erhöhung der Beamtenegehälter zu berichtet werden wird, die aber tatsächlich mit Gehaltskürzungen verbunden ist. Wenn vor oder im Zusammenhang mit einer linearen Gehaltserhöhung die Landessonnderzahlung erheblich gekürzt wird, dann führt dies unter dem Strich für die Beamtinnen und Beamten zu einer weiteren

Gehaltskürzung. Natürlich führt das dann auch zu geringeren Steuereinnahmen des Landes.

Nicht akzeptabel!

Im Hinblick auf die erheblich gestiegenen Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg und ständig steigender Belastungen auch für die Beamtinnen und Beamten des Landes z. B. durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Beginn des nächsten Jahres sind geringere Einkommen nicht akzeptabel!

Gilt für die Beamtinnen und Beamten des Landes nicht auch das, was der Landtagspräsident zur Begründung der „Anpassung der Diäten und der Kostenpauschalen an die allgemeine Einkommens- und Kostenentwicklung auf entsprechende Anfragen antworten lässt? Da wird auf die Steigerung des Verbraucherpreisindex um 1,7%, der Preise für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen um 1,2% und des Kraftfahrpreisindex für Deutschland um 3,9% hinge-

wiesen. Diese Steigerungen sind auch bei den Arbeitnehmern des Landes zu verzeichnen. Statt die Reisekostensätze zu erhöhen, lässt man es zu, dass die „Pendlerpauschale“ gekürzt werden wird. Auch davon wird ein großer Teil unserer Kolleginnen und Kollegen stark belastet werden.

Schluss mit Kürzungen

Die weitere Absenkung der ehemaligen Jahressonderzahlung wird deshalb auf unseren erheblichen Widerstand stoßen. Wir haben mehr als genug Kürzungen in den letzten Jahren ertragen, jetzt muss damit Schluss sein. Wir erwarten von unserer Landesregierung eine faire Behandlung und vor allem eine Bezahlung, die unseren Leistungen für die innere Sicherheit und der Leistungsfähigkeit des Landes im Vergleich mit den anderen Ländern entspricht! Hinweise auf die Situation in „ärmeren“ Ländern sind deshalb „fehl am Platz“!

josch

PERSONALSTRUKTUR

Frauen und Männer in der Polizei – Spielt das Geschlecht bei der polizeilichen Arbeit (noch) eine Rolle?

Anmerkungen zu unserem Forschungsprojekt von Prof'in Dr. Waltraud Müller-Franke, Fachhochschule Villingen-Schwenningen – Hochschule für Polizei

Woher kam die Idee zum Projekt? Im Zuge ständiger Professionalisierungsprozesse wandelt sich die Polizei immer mehr zu einer modernen Organisation, die qualifiziert Dienstleistungen an Bürgern und Bürgerinnen erbringt. Diese Entwicklung bedeutet Veränderungen in Funktionen, Organisationsstrukturen, Leitbildern sowie im Fremd- und Selbstverständnis, die die Polizei im Laufe der letzten Jahrzehnte durchlebt hat. Ein Aspekt, der mit diesem professionellen und organisatorischen Veränderungsprozess einhergeht, ist die schrittweise Aufnahme von Frauen in alle Laufbahnen der Polizei.

Trotzdem scheinen in der allgemeinen Vorstellung Polizeibeamte nach wie vor eher Männer als Frauen zu sein, obwohl Polizistinnen in Uniform mittlerweile immer häufiger in der Öffentlichkeit erscheinen und die Kriminalkommissarin schon lange ermittelte, bevor sie ihre TV-Karriere machte.

Während meiner sechsjährigen Tätigkeit als Frauenbeauftragte der Hochschule für Polizei konnte ich aus der Erfahrung verschiedener Seminarangebote – hierbei standen Fragen der Zusammenarbeit von Frauen und Männern in der Polizei, der Gleichberechtigung oder die Diskussion mit Kollegen und Kolleginnen, Frauenvertreterinnen und Dienststellenleitern im Mittelpunkt – eine Reihe von Aspekten und Brennpunkten zum Arbeitsalltag von Frauen und Männern in der Polizei sammeln.

Zusammen mit Dr. Ursula Müller, Professorin für Soziologie an der Universität Bielefeld, die sich

in verschiedenen Forschungsprojekten mit den Themenbereichen „Geschlecht und Arbeitsmarkt“ sowie „Geschlecht und Organisation“ befasst, und unter Mitarbeit von Dr. Sylvia Wilz und Patricia Pfeil habe ich dann solche Fragen in unsere Studie zur Situation von Frauen und Männern in der Polizei (unter dem Titel „Geschlechterkonstruktionen im Organisationswandel am Beispiel der Polizei“) einbringen können.¹

Worum ging es uns inhaltlich?

Es ging uns um die bisher empirisch wenig bearbeitete Frage der Integration der Frauen in die Polizei. Wir widmeten uns in unserer Studie der Rolle und der Bedeutung von Geschlecht bzw. Geschlechtszugehörigkeit in der Organisation. Dabei ging es um Strukturen und Prozesse, um Fakten und um Diskussionen. Bisherige Erfahrungen sollten zusammengetragen und neue Daten erhoben werden, um zur Situation der Frauen in der Polizei eine aktuelle und empirisch fundierte Basis bereitzustellen, auch um möglicherweise „verzerrte“ Bilder zurechtzurücken und weitere Debatten anzuregen.

Neben der Erhebung von Strukturdaten sind Kernstück unseres Projektes in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen durchgeführte leitfadengestützte Interviews mit jeweils rund 40 Bediensteten bzw. Experten und Expertinnen der jeweiligen Polizeibehörden. Experten waren z. B.



Prof'in Dr. Waltraud Müller-Franke

Vorgesetzte, Frauenbeauftragte, Personalräte oder Ausbildungspersonal. Als zentrale Fragen stellten sich z. B. solche zu Arbeitsverteilung und Arbeitsgestaltung, zu formalen und informellen bzw. zu geschlechtsspezifischer Teilung von Aufgaben und Tätigkeiten, zu Aufstieg oder Stereotypen.

Was können wir zum Ergebnis sagen?

Im Ergebnis, welches in einer ersten Zusammenfassung in der TEXTE-Reihe unserer Fachhochschule veröffentlicht ist², zeigt sich uns zur Situation von Frauen in der Polizei ein sehr vielfältiges und differenziertes Bild: insgesamt gibt es recht unterschiedliche Sichtweisen zur Beschäftigung bzw. der Arbeit von Männern und Frauen in der Polizei. Nach wie vor wird im Zusammenhang mit Frauen in der Polizei über deren Eignung oder mangelnde Eignung, Einsatzfähigkeit, besondere Fähigkeiten und ihre Verwendbarkeit oder Probleme durch die Familienarbeit bzw. die Erfordernis von Kinderbetreuung diskutiert.

Man kann sagen, dass durch die „harten Fakten“ Folgendes gedeckt ist: Frauen sind formal gleichgestellt in die Polizei integriert und in zunehmender Anzahl in der Polizei vertreten – z. B. mit inzwischen ca. 13,5% in Baden-Württemberg. Auch die gestiegenen Zahlen von Frauen in der Ausbildung weisen hier auf Veränderungen hin. Frauen erreichen mit 3,8% in Baden-Württemberg und 6,7% in NRW (2005) auf zahlenmäßig niedrigem Niveau auch Führungsposi-

tionen. Ihr Anteil in Führungsfunktionen ist damit zwar sogar „angemessen“ (bezogen auf die Grundgesamtheit der Frauen in der Polizei), liegt aber insgesamt so niedrig, dass man weiterhin von einer Unterrepräsentanz sprechen muss.

Bei der Frage etwa, ob Frauen für den Polizeiberuf geeignet sind, ergibt sich ein ambivalentes Bild: es gibt Wahrnehmungen, die dem Polizeiberuf sicher immer noch Härte, Stärke, Rationalität zuschreiben – in solcher Sicht wird die Frau als Polizistin eher skeptisch gesehen. In solcher Sicht wird ein Mann für den Polizeiberuf aufgrund seiner Körperlichkeit für besonders geeignet gehalten. Es werden aber genauso Situationen beschrieben, in denen Frauen und Männer selbstverständlich gleich ausgebildet und gleichwertig ihren Dienst tun, d. h. es ist nichts Besonderes, dass Frauen bei der Polizei arbeiten. Und es zeigen sich aber ebenso Wahrnehmungen, die besonders positiv hervorheben, dass durch die Frauen ein anderes Klima in die Polizei gekommen sei. Dies geht offensichtlich auch mit einem Wandel in der Sicht des Polizeiberufes einher, wenn er zunehmend weniger über den „Rambo-Typ“ als über hohe soziale Kompetenz definiert wird. Dies zeigt sich z. B. auch in Hinweisen auf die zunehmende Präventionsarbeit der Polizei.

Somit kann man argumentativ einmal einen sog. „Gleichheitsansatz“ wahrnehmen, der die Egalität der Geschlechter betont – andererseits aber auch einen „Differenzansatz“, der die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Focus hat und daran sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen knüpft. Beim Gleichheitsansatz finden wir das Leistungsprinzip, formale organisatorische Regeln und Strukturen und die Forderung

Fortsetzung auf Seite 4

¹) Unsere Untersuchung ist über einen Zeitraum von drei Jahren als ein bundesländerübergreifendes Kooperationsprojekt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert worden. Die DFG ist die zentrale Selbstverwaltungseinrichtung der Wissenschaft zur Förderung der Forschung an Hochschulen in Deutschland und dient der Wissenschaft in allen ihren Zweigen durch die finanzielle Unterstützung von Forschungsvorhaben.

²) Müller, Ursula; Müller-Franke, Waltraud; Pfeil, Patricia; Wilz, Sylvia: Alles eine Frage der Zeit? Zur Situation von Frauen und Männern in der Polizei. TEXTE-Reihe der Fachhochschule Villingen-Schwenningen – Hochschule für Polizei. Villingen-Schwenningen 2004.

Fortsetzung von Seite 3

nach gleichen Anforderungen und Bewertungen. In der Debatte um die „Verwendung“ von Frauen im Polizeidienst scheint aber meist der Differenzansatz vorherrschend. Einerseits sollten Frauen bestimmte Aufgaben nicht zugemutet werden, weil – mit Blick auf ihre typischen Fähigkeiten – zu erwarten sei, dass sie Situationen mit hohem Gefahr- oder Gewaltpotenzial schlechter bewältigen können als Männer. Andererseits bestehen aber auch sehr positive Erwartungen an den Einsatz von Frauen: So erhofft man sich eine weitere Verbesserung des Umgangstons und der Atmosphäre, eine größere Selbstverständlichkeit der Deeskalation und gelungenen Kommunikation im Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern oder anderen „polizeilichen Gegenübern“. Die Akzeptanz der Polizei beim Bürger und das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit könne durch die Anwesenheit von Frauen positiv beeinflusst werden. Problematisch ist, wenn dieser Differenzansatz traditionalisierend wirkt, was sich z. B. in der Argumentation um die gemischte Streife zeigt: deren Beliebtheit ist zwar einerseits alltagspraktisch (z. B. bei Durchsuchungen oder Familienstreitigkeiten) nachvollziehbar. Sie wird aber ganz oft grundsätzlich über die körperliche Stärke der Männer und die Kommunikations- und Deeskalationsfähigkeit der Frauen begründet und verdeckt mit dem Hervorheben geschlechtstypischer Aspekte individuelle Leistungen und Fähigkeiten und damit auch Veränderungspotenzial. Insgesamt wird bei diesem Thema offensichtlich weniger gesehen, dass es individuelle Unterschiede zwischen den Personen mit individuellen Fähigkeiten gibt – im Vordergrund scheint deutlich zu stehen, zu welchem Geschlecht man gehört. Bei der konkreten Beschreibung von

Arbeitsverteilung finden wir ebenso ein „Sowohl-als-auch“-Bild: genannt werden sowohl Situationen, in denen in der einzelnen Dienstgruppe durchaus die Arbeit „geschlechtstypisch“ verteilt wird – z. B., dass der Mann verhört, die Frau sich um das Kind kümmert oder Ähnliches. Demgegenüber werden genauso Situationen beschrieben, die die Zuständigkeit allein an den gerade sich ergebenden Möglichkeiten ohne Bezug auf das Geschlecht festmachen, d. h. wir haben es mit einer Gleichzeitigkeit von Integration und Differenz zu tun.

Auffällig ist, dass einerseits die polizeiliche Arbeit unabhängig vom Geschlecht der Bediensteten gesehen bzw. erledigt wird, aber andererseits an anderer Stelle das Geschlecht zum Dreh- und Angelpunkt der Gespräche wird: im normalen Berufsalltag ist das Geschlecht der Polizeibeamten oder Polizeibeamtinnen kaum ein Thema – allerdings scheint sich dies in als schwierig erwarteten oder „belastenden“ Situationen offensichtlich wieder umzukehren, z. B. dann, wenn eine Frau „versagt“ oder aus familiären Gründen „ausfällt“.

Gerade die sog. Ausfallzeiten der Frauen durch Schwangerschaft, Mutterschutz und Erziehungsurlaub bzw. Elternzeit als „Frauenproblem“ stellen einen herausragenden Themenkreis dar. Ausfälle können viele Gründe haben (und haben dies auch!), werden aber immer sofort mit Schwangerschaft oder Elternzeit verbunden, d. h. durch die permanente Diskussion eines Teilaspektes wird dieser zu einem Kernproblem „konstruiert“. Besonders auffällig ist dabei, dass der Blick auf das Zahlenmaterial diese Perspektive deutlich relativieren muss: das Ausmaß der Ausfälle insgesamt ist äußerst gering – allerdings kontinuierlich steigend. So sind im Erhebungsjahr 2001 in Baden-Württemberg 262 Frauen und fünf Männer im Erziehungsurlaub – das macht rund 1 % aller Beschäftigten im Polizeivollzugsdienst aus – bis 2005 ist dieser Anteil lediglich auf 1,6 % gestiegen. Dass auch Männer die gesetzlich angebotene Möglichkeit des Elternurlaubes annehmen können, steht offensichtlich außerhalb der Diskussion. Diese

unterschiedliche Bewertung eines faktischen Problems – Ausfälle – deutet auf seine Vergeschlechtlichung hin: die Gründung einer eigenen Familie hat also äußert unterschiedliche Konsequenzen: während sie für Männer im Beruf meist positiv wahrgenommen ist, wird sie Frauen eher zum Nachteil.

Als ein weiterer wesentlicher Diskussionschwerpunkt bei der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kristallisieren sich Probleme mit der Kinderbetreuung heraus, die sich nicht zuletzt aus der Unflexibilität der Arbeitszeitgestaltung ergeben. Hier sprechen gerade die Frauen durchaus nicht nur eine individuelle Betroffenheit an, die im Hinblick auf die Vereinbarung von Berufstätigkeit und Kindererziehung ein hohes Maß an Organisation und sie unterstützende Personen erfordert. Thematisiert wird immer wieder auch ein für die Organisation relevanter Aspekt: mit einem gestiegenen bzw. steigenden Frauenanteil ist bzw. wird es für die Polizei zunehmend relevanter, ihr Potenzial an gut und ja auch mit entsprechendem Kostenaufwand ausgebildeten Frauen nach einer Babypause grundsätzlich wieder zu gewinnen und zu integrieren, um zu verhindern, dass diese nicht zuletzt angesichts struktureller Probleme ggf. ganz auf ihre Berufstätigkeit verzichten.

Im Zusammenhang mit dieser „Vereinbarkeitsproblematik“ wird auch die recht skeptische Einschätzung von Teilzeitarbeit und ihren Rahmenbedingungen deutlich, deren Organisationsaufwand insgesamt aufgrund der gestiegenen Nachfrage von Frauen eher als „Frauenproblem“ gesehen wird – Negativsichtweisen hier stellen sich nicht nur als Stolperstein für deren grundsätzliche Anerkennung, sondern auch für die Entfaltungs- bzw. Aufstiegsmöglichkeiten von Teilzeitarbeitenden heraus³. Teilzeitarbeit scheint mit zunehmender Verantwortung immer weniger vorstellbar und realisierbar. Deutlich wird insgesamt – besonders aus der Sicht der Frauen – der Wunsch nach mehr „Risikobereitschaft“, Führungsfunktionen in Teilzeit zu denken und zu vergeben. Verbunden damit ist der Grundgedanke, dass es sich

lohnen wird, dieses „Risiko“ einzugehen – und dass sich im Ergebnis Voll- und Teilzeitarbeit in Leistung und Effizienz als kaum unterscheidbar erweisen und alle Beteiligten profitieren können. Es zeigt sich aber auch, dass das durch ständigen Diskurs gefestigte Negative-Image bisher nur im Einzelfall überwindbar zu sein scheint.

Die vorher exemplarisch beschriebenen Felder zeigen, dass die Geschlechtszugehörigkeit der Bediensteten in der Polizeiorganisation durchaus relevant ist – aber nicht immer, nicht überall und nicht immer gleich: ob sich Polizistinnen und Polizisten auf das Geschlecht beziehen, ist insbesondere von Situationen und/oder Rahmenbedingungen abhängig. So ist es im Polizeialltag durchaus selbstverständlich, dass Frauen und Männer diesen gemeinsam bewältigen – wird allerdings z. B. über die Streifenbesetzung diskutiert, steht ganz schnell das Geschlecht der Betroffenen und nicht die individuelle Konstitution oder Leistung im Vordergrund.

Welche Perspektiven ergeben sich?

Die mit der Integration von Frauen in die Organisation verbundenen Verschiebungen der Geschlechterrelationen – quantitativ und qualitativ – verändern einerseits die Strukturen der Organisation. Andererseits werden zum Teil bereits bestehende Diskussionen mit anderen Blickwinkeln geführt: Kriterien der Beförderung, Bedingungen von Aufstieg, Teilzeit oder Versetzung. Fragen nach „weichen Eigenschaften“ oder „work-life-balance“ für Frauen und Männer werden offensichtlich überhaupt erst in der Form des „Frauenproblems“ thematisierbar. Somit wird zum einen die Frauenbeschäftigung in der Polizei in Teilbereichen als schwierig oder auch mit „Ungleichstellung“ behaftet diskutiert, sowohl von Frauen als auch von Männern, aber zum anderen auch grundsätzlich akzeptiert und als Chance im Professionalisierungsprozess gewertet. Vielleicht gelingt auch im Zuge weiterer gesamtgesellschaftlicher Veränderung ein weitergehendes Aufbrechen von stereotypen Wahrnehmungen und Verhaltensmustern.

³) Diesen Problemkreis bearbeitet u. a. ausführlich: Knospe, Sandra: Gender at work. Die dienstliche Beurteilung 2004 bei der baden-württembergischen Polizei unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Gesichtspunkte. Diplomarbeit, Villingen-Schwenningen 2006 (<http://www.gdp.de/gdp/gdpbwcms.nsf/id/informationen>)

KREISGRUPPEN BERICHTEN

Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe beim Polizeipräsidium Stuttgart

Am 24. Mai fand im Weillimdorfer „Blick Solitude“ die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe PP Stuttgart statt. Der Vorsitzende Walter Burkart konnte neben unserem Landesvorsitzenden Josef Schneider auch den neuen Präsidenten des PP Stuttgart, Siegfried Stumpf, das neue Ehrenmitglied der Gewerkschaft der Polizei, Olaf Bong, und den ehemaligen Kreisgruppenvorsitzenden Peter Igel begrüßen.

Nach der Begrüßung der Versammlungsteilnehmer wurde in einer Schweigeminute den seit der letzten Jahreshauptversammlung verstorbenen Mitgliedern der Kreisgruppe gedacht.

Eine besondere Würdigung erhielt dabei das Ehrenmitglied der Kreisgruppe, Gustav Schanbacher. Gustl Schanbacher verstarb am 9. März 2005 im Alter von 83 Jahren.

Zwischen 1965 und 1967 war er StV Kreisgruppenvorsitzender und von 1968 bis 1978 Vorsitzender. 1977 wurde er zum Vorsitzenden des Personalrats gewählt. Außerdem war er zwischen 1973 und 1978 Mitglied des Bezirkspersonalrats. 1982 wurde er Ehrenvorsitzender der KG Stuttgart II.

Am 31. Juli 2005 verstarb im Alter von 84 Jahren Heinz Wahl. Er war bei der Kreisgruppe Kassenprüfer, Vertrauensmann und als Beisitzer Versorgungsempfänger Mitglied im Kreisgruppenvorstand.

Wir werden unseren Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

Rechenschaftsbericht

In seinem Rechenschaftsbericht zeigte Walter Burkart die vielfältigen Aktivitäten der Kreisgruppe auf. Ein besonderes Augenmerk fiel dabei auf die günstige Mitgliederentwicklung, die Aktivitäten der Jungen Gruppe, den am 16. März gegründeten Seniorenstammtisch, die Teilnahme an den Streikaktionen und auf die monatlichen Sitzungen mit den Vertrauensleuten.

Ehrungen

Ein besonders angenehmer Tagesordnungspunkt war die Ehrung von 57 Mitgliedern für 60-, 50-, 40- und 25-jährige Mitgliedschaft in einer demokratischen Gewerkschaft.

Ebenfalls viel Beachtung fand die Ehrung von Lothar Häusel, der zum 1. Juni in den Ruhestand verabschiedet wurde. Lothar prägte die Kreisgruppe in fast 35 Jahren Tätigkeit für die Gewerkschaft der Polizei.

Wahlen

Durch das Ausscheiden von Lothar Häusel aus dem Kreisgruppenvorstand wurden Wahlen erforderlich. Die Versammlung folgte dem Vorschlag des Kreisgruppenvorstandes und wählte die Kollegin Karen Argyropoulos und den Kollegen Jörg Baumgarten zu neuen Mitgliedern des Vorstandes der Kreisgruppe PP Stuttgart. Die Wahl von Karen soll als ein Signal an die Tarifbeschäftigten und die Frauen verstanden werden.

Grußwort von PP Stumpf

In seinem Grußwort machte Polizeipräsident Siegfried Stumpf klar, dass er für das PP Stuttgart Kontinuität für wichtig halte und gravierende Veränderungen derzeit nicht erforderlich seien. Er habe viele Weichenstellungen seines Vorgängers Dr. Schairer noch mitgetragen. Er betonte, dass die Besonderheit der Stuttgarter Polizei weiterhin gepflegt werde und

die Anforderungen bei Großveranstaltungen wie z. B. der Fußball-WM mit Selbstbewusstsein, Kompetenz und Engagement gemeistert werden.

Polizeipräsident Stumpf wünschte sich einen offenen Umgang miteinander und forderte den Blick auch über den eigenen Tellerrand.

Referat

Unser Landesvorsitzender Josef Schneider stellte beim Thema Tarifaueinwanderung fest, dass immer noch viel zu wenige begriffen hätten, dass es bei solchen Auseinandersetzungen nicht nur um

die Belange der Tarifbeschäftigten geht, sondern parallel auch um die von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Er bemängelte in diesem Zusammenhang die teilweise unzureichende Unterstützung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

Weitere Ausführungen machte er zu den Themen Stellenplan, Altersstruktur in der Polizei, den weiterhin fehlenden Beförderungsmöglichkeiten und den Absichten zu Änderungen bei der Lebensarbeitszeit.

Seinen Beitrag schloss Jupp Schneider mit den Worten „Gewerkschaften sind das Stärkste, was die Schwachen haben“.

Walter Burkart

VORANKÜNDIGUNG SENIORENSEMINAR

„Vorbereitung auf den Ruhestand“

Auch 2006 führt die GdP wieder ein Seminar zur Vorbereitung auf den Ruhestand durch. Das Seminar findet vom 7. 11. bis 9. 11. 2006 in Wertheim statt.

Eingeladen sind alle Kolleginnen und Kollegen, die unmittelbar vor der Pensionierung bzw. dem Ruhestand stehen oder bereits diesen Lebensabschnitt erreicht haben. Da auch Inhalte vermittelt

werden, die den Ehepartner bzw. Lebensgefährten betreffen, sind diese ebenfalls recht herzlich eingeladen. Die Kosten für den Partner (50,- Euro) müssen allerdings selbst getragen werden.

Anmeldungen schriftlich bitte an die GdP-Geschäftsstelle (Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen-Hochdorf) oder per Mail an Christine.Till@gdp-bw.de **(RSeid)**

TERMINE

Polizeibälle

Gleich drei Polizeibälle finden im Oktober 2006 in Baden-Württemberg statt.

Samstag, 14. Oktober 2006

Polizeiball in Stuttgart Liederhalle/Hegelsaal mit einem neuen Programm unter der Bezeichnung:

„Police goes to Las Vegas“.

Samstag, 21. Oktober 2006

Polizeiball in Balingen, Stadthalle.

Samstag, 28. Oktober 2006

Polizeiball in der Turn- und Festhalle Reicholzheim im Main-Tauber-Kreis.

Alle Kolleginnen und Kollegen sind mit ihren Freunden und Bekannten recht herzlich eingeladen. Karten gibt es bei den jeweiligen Kreisgruppen. **Wosch**

Kreisgruppe Freiburg – Polizeidirektion ehrte ihre Mitglieder

Im Rahmen einer Gesamtvorstandssitzung konnten im August zahlreiche Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt werden.

Zunächst berichtete der KG-Vorsitzende Harald Steinhart über die derzeit aktuellen Ereignisse, u. a. Lebensarbeitszeit.

Bemängelt wurde, dass im Rahmen der Neubeschaffung von Einsatzhelmen die notwendige Mannausstattung vom Land immer noch nicht umgesetzt wurde. Derzeit müssen sich mehrere Kollegen Helme gegenseitig zur Verfügung stellen um einsatzbereit zu sein. Ältere Tagesdienstkollegen übernehmen Nachtdienst, damit die jungen Kollegen mit Einsatzhelm für die Einsätze zur Verfügung stehen. Nur durch eine generelle Mann-

ausstattung ergibt sich diese Problematik nicht.

Der Personalrat sowie die GdP wurden bereits eingeschaltet, um hier tragfähige Lösungen (das IM ist offensichtlich nicht in der Lage) zu finden.

Es folgten Informationen zum derzeitigen Kassenstand und der Mitgliederbewegung in der GdP-Kreisgruppe.

Alle Kolleginnen und Kollegen wurden auf den am 23. September stattfindenden Polizeiball in Denzlingen hingewiesen und eingeladen.

Anschließend erfolgte die Ehrung für 25-, 40- und 50-jährige Mitgliedschaft durch den Vorsitzenden. In gemütlicher Runde konnten noch viele Gespräche mit den Geehrten geführt werden.

HaSt.



Von links nach rechts: KG-Vorsitzender Harald Steinhart, Peter Pfaff (40 J.), Karl-Friedrich Brödlin (25 J.), Bernhard Eisert (40 J.), Harry Plaswig (50 J.) Hans-Joachim Anzinger (40 J.), Bernd Jungel (40 J.), Wolfgang Keffer (40 J.), Helga Sauter (25 J.), Horst Jäger (50 J.), Lothar Menges (40 J.), Werner Behm 50 J.), Wolfgang Träris (50 J.), Günter Hübschle (40 J.)

9. Grillhockete der Kreisgruppe Biberach BePo

Am 3. Juli 2006 fand unser diesjähriges GdP-Grillfest statt. Bei herrlichem Sonnenschein begann es wie jedes Jahr um 18 Uhr.

Trotz großer Belastungen durch die Einsätze bei der Fußballweltmeisterschaft konnten wir viele Gäste begrüßen. Zu unserer Freude fanden auch wie-

der einige Pensionäre den Weg zum Grillplatz. Bei schöner Musik und einer gemütlichen Runde verwöhnte uns Gabi Mahler mit reichlichen Leckereien vom Grill. Dafür ein herzliches Dankeschön an Gabi!

Ebenfalls bedanken wir uns bei Signal Iduna für die bereitgestellten Getränke, die durch



Grillmeisterin Gabi Mahler in Aktion



Beim Feiern

ein gutes Ausschankteam wieder großen Absatz fanden. Wir können sagen, es war wieder ein

gelungenes Grillfest und freuen uns auf das nächste Wiedersehen im Jahr 2007! Uwe Deininger

Für Schnäppchenjäger



Internet-Apotheke

**Sie benötigen Produkte aus der Apotheke?
Sie brauchen die Produkte nicht heute?
Sie wollen bequem per Internet bestellen?
Eine kurzfristige Lieferung würden Sie begrüßen?**

**... und das ganze noch
zu interessanten Konditionen?**

Über unsere Internet-Apotheke können Sie aktuell ca. 178.000 Artikel schnell und kostengünstig bestellen. Und das mit einem Preisvorteil von bis zu 20 % auf nicht rezeptpflichtige Medikamente.

Die umfassende Produktpalette besteht aus apothekenüblichen Präparaten und Hilfsmitteln, die Sie bequem im Internet bestellen können. Diese werden dann kurzfristig an jede gewünschte Adresse bundesweit geliefert.

Schauen Sie einfach mal auf unsere Internetseite www.sozialwerk.de – ab sofort ist auch für Nichtmitglieder eine einmalige Testbestellung auf dieser Internetseite möglich!!

Sozialwerk der Polizei GmbH Baden-Württemberg

Maybachstraße 2 · 71735 Eberdingen-Hochdorf · Telefon 070 42/879-0 · Fax 070 42/879-211 · www.sozialwerk-bw.de · info@sozialwerk-bw.de

Adventsreise Leipzig und Weimar vom 14. bis 17. Dez. 2006



Weihnachtsoratorium in der Thomaskirche in Leipzig

Eingeschlossene Leistungen:

- Fahrt im modernen 4* Reisebus, Einstiegsorte: Stuttgart oder Karlsruhe
- 4*** Hotel Victors Residenz im Zentrum von Leipzig
- Eintrittskarte in der 1. Kategorie für das Weihnachtsoratorium am 16.12.2006 17:00 Uhr
- 1 x halbtägige Stadtführung in Leipzig und Weimar
- 2 x Abendessen (3-Gänge-Menü) Getränke extra im Hotel
- 1 x Abendessen (3-Gänge-Menü) Getränke extra im Restaurant Auerbach's Keller am 16.12.2006 nach dem Besuch des Weihnachtsoratoriums.



Je Person im DZ
Einzelzimmerzuschlag

Euro 642,00
Euro 90,00

Mindestteilnehmerzahl 15 Personen
Nähere Informationen auf Anfrage



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen · Maybachstr. 2 · 71735 Eberdingen
Telefon 070 42/879224 · Telefax 070 42/879222
Internet: www.psw-reisen.com · E-Mail: info@psw-reisen.com

Bundesseniorenkonferenz 2006

Baden-Württembergische Delegierte berichten

Die 5. Bundesseniorenkonferenz 2006 in Dresden hat die Seniorenarbeit in der GdP wieder ein gutes Stück vorangebracht. So war die einhellige Meinung der Delegierten – auch aus Baden-Württemberg – und der anwesenden Mitglieder des GdP-Bundesvorstands. Mit einem neuen Vorstand wollen die Senioren in der GdP ihre Bedeutung stärken und auch ein gehöriges Wort in der GdP mitreden. Als neuer Vorsitzender wurde Artur Jung aus dem Saarland gewählt. Olaf Bong aus Baden-Württemberg wurde vom Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg aus dem Vorstand verabschiedet.

Die sieben Delegierten aus Baden-Württemberg erlebten eine rundum gelungene Konferenz. Die von der Seniorengruppe Baden-Württemberg eingebrachten Anträge wurden problemlos angenommen. Sie befassten sich insbesondere mit der Sozialentwicklung und der zunehmenden finanziellen Belastung der Rentner und Pensionäre. In einem umfangreichen Leitantrag wurde insbesondere Empörung darüber zum Ausdruck gebracht, dass in Besoldung, Versorgung und Sozialleistungen unaufhörlich Leistungen gestrichen und gekürzt werden und so auf Kosten des öffentlichen Dienstes die Haushaltskassen von Bund und Ländern saniert werden sollen. Auch für eine intensivere Beschulung von Seniorenvertretern in der GdP und mehr gezielte Senioren-Informationen im monatlichen GdP-Heft DEUTSCHE POLIZEI stimmten die Delegierten ab.

Zerschlagung der Einheitlichkeit der Polizei

In einem Grußwort machte der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg deutlich, dass die derzeitige Entwicklung im Zusammenhang mit der Föderalismusdiskussion eindeutig in Richtung Zerschlagung der Einheitlichkeit der Polizei in Deutschland gehe und sich die Länderregierungen zunehmend als Provinzfürsten profilieren wollen. „Politik nach Gutsherrenart“, so Freiberg, „hält in Deutschland wieder Einzug!“ Die Gewerkschaften seien deshalb wieder zu einem äußerst wichtigen Verteidiger der sozialen Errungenschaften geworden.

Olaf Bong verabschiedet

Neben gewerkschaftspolitischen Inhalten waren auch Neuwahlen des Bundesseniorenvorstands auf dem Programm. Der langjährige Vorsitzende Heinz Blatt aus Rheinland-Pfalz trat nicht mehr zur Wahl an und auch Olaf Bong aus Baden-Württemberg gab das Amt des Schriftführers ab. Konrad Freiberg verabschiedete die beiden Kollegen mit langanhaltendem Beifall der Konferenzdelegierten. Als neuer Vorsitzen-



V. l. n. r.: Olaf Bong (Ex-Vorsitzender des Landesseniorenvorstands und ausgeschiedener Schriftführer des Bundesseniorenvorstands), Roland Zöller (Mitglied des Landesseniorenvorstands und Delegierter), Heinz Klausnitzer, Heinz Schweitzer, Karl Käfferlein, Klaus Münzenmayer (Delegierte), Erwin Müller (Mitglied des Landesseniorenvorstands und Delegierter), Günter Cramer (Landesseniorenvorsitzender und Mitglied des Bundesseniorenvorstands), H. Werner Fischer (Stellv. Landesseniorenvorsitzender und Delegierter)

der wurde der bisherige Stellvertreter Artur Jung aus dem Saarland gewählt. Neuer Stellvertreter ist Wolfgang Jung aus Sachsen-

Anhalt und Nachfolger von Olaf Bong als Schriftführer wurde Rainer Blatt aus Rheinland-Pfalz.

hwf

TERMINE

Einladung zur Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Esslingen

Die Jahreshauptversammlung findet in der Kantine der PD Esslingen, Agnespromenade in Esslingen, am Mittwoch, dem 18. Oktober 2006, statt. Beginn ist um 18.00 Uhr. Die Rechtsanwältin der Gewerkschaft der Polizei, Sandra Damm, informiert über den GdP-Rechtsschutz und über

Regressnahme. Der Landesvorsitzende, Josef Schneider, hat sein Kommen zugesagt. Alle Mitglieder der Kreisgruppe sind herzlich zur Jahreshauptversammlung eingeladen.

Wosch

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im „November 2006“ ist Montag, der 9. Oktober 2006, und für die „Dezember-Ausgabe 2006“, Dienstag, der 7. November 2006.



Verabschiedung von Olaf Bong: Nach vielen Jahren als Schriftführer im Bundesseniorenvorstand wurde der ehemalige Landesseniorenvorsitzende Baden-Württemberg (Mitte) vom GdP-Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg (rechts) und dem Bundesvorstandsmitglied Bernhard Withaut verabschiedet.

Anzeige

Tauschpartner aus Baden-Württemberg gesucht!
PK, gD, aus Nordrhein-Westfalen, z. Zt. tätig in Bonn, sucht eine(n) Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg. Gerne ist auch ein Ringtausch möglich.
Telefon: 01 51/11 21 35 57 (privat)
o. 02 28/15 39 13 (dienstlich)
Meldet euch!